

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Renate Blank, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Wilhelm Josef Sebastian und der Fraktion der CDU/CSU

Für eine vorausschauende Wohnungs- und Städtebaupolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die im Auftrag der Bundesregierung vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung fortgeschriebene Wohnungsprognose 2015 wie die Bemühungen zahlreicher Bundesländer, sich durch regionale Wohnungsbedarfsprognosen eine längerfristige Orientierungsgrundlage für eine vorausschauende Wohnungs- und Städtebaupolitik zu verschaffen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm bis zum 30. Oktober 2001 einen Bericht vorzulegen, in dem unter Auswertung der Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, einzelner Länder und von Konjunkturforschungsinstituten

- die zu erwartende Entwicklung auf der Nachfrage- und Angebotsseite vor dem Hintergrund der bisherigen Wohnungsbautätigkeit und
- die daraus von einer vorausschauenden Wohnungs- und Städtebaupolitik zur Sicherstellung guten und bezahlbaren Wohnens zu ziehenden Schlussfolgerungen und Handlungs-Schwerpunkte

dargelegt werden.

Berlin, den 15. Mai 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Erstmals in 1996 hatte die damalige Bundesregierung eine Prognose bis 2010, basierend auf der Entwicklung von Bevölkerung, Haushalten und Wohnflächennachfrage, vorgelegt. Sie war eine wichtige Orientierungshilfe für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft; die Mitte der 90er Jahre ihren Höhepunkt erreichende Wohnungsbautätigkeit und die darauf ausgerichtete staatliche Förderpolitik konnte in einen Normalisierungsprozess auf hohem

Niveau übergeleitet werden – Ende der 90er Jahre waren weithin entspannte Wohnungsmärkte mit einem historisch niedrigen Niveau bei der Mietpreisentwicklung zu verzeichnen.

Eine neue Bevölkerungsprognose, die seit 1999 massiv veränderten Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen beim Wohnungsbau und der sich weiter ausdifferenzierende Wohnungsmarkt in Ostdeutschland machten eine Überarbeitung und Fortschreibung der Raumordnungsprognose erforderlich. Der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hatte im Januar Teilergebnisse einer Wohnungsprognose 2015 vorgestellt, die vollständige Präsentation steht immer noch aus.

Inzwischen sind auch zunehmend Landesregierungen dazu übergegangen, längerfristige Prognosen über die Entwicklung der Wohnungsversorgung auf den Regional-Märkten erstellen und die Ergebnisse in eine nachhaltige Wohnungspolitik einfließen zu lassen.

Die Entwicklung der Baugenehmigungen zu Beginn des neuen Jahrzehnts signalisieren starke Einbrüche bei allen drei Säulen des Wohnungsbaus, dem freifinanzierten Mietwohnungsbau, dem Eigenheimbau wie dem sozialen Wohnungsbau. Für das frühere Bundesgebiet, vor allem für die Gebiete mit stärkerer wirtschaftlicher Wachstumsdynamik, wird deshalb in der Fachwissenschaft und Wohnungswirtschaft das zunehmende Risiko eines Wohnungsbau-Zyklusumbruchs mit steigenden Versorgungsdefiziten und Mietpreisen aufgezeigt mit der Forderung nach einem rechtzeitigen Gegensteuern. Aktuell im Gesetzgebungsbereich anstehende Veränderungen bei den investiven Rahmenbedingungen – so durch ein neues Mietrecht, die Umlenkung von Sparanreizen zu Lasten der Immobilie, die Reform des Wohnungsbaurechts in Verbindung mit einem finanziellen Ausstieg des Bundes – könnten im Zusammenwirken mit den sich verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven zu einer weiteren Verschärfung des Negativtrends in der Wohnungsversorgung beitragen.